

MEINUNG

ZUM HEIZUNGSGESETZ

# Offener Streit

Von Birgit Marschall

Der offene Streit in der Ampelkoalition über das Heizungsgesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck wirft kein gutes Licht auf den inneren Zustand des Regierungsbündnisses. Die FDP sieht sich nicht in der Lage, der Einbringung eines aus ihrer Sicht unausgegorenen und komplett zu überarbeitenden Gesetzentwurfs in den Bundestag zuzustimmen. Grünen-Minister Habeck wirft ihr nun Wortbruch vor. Wenn das Wort des SPD-Bundeskanzlers, der sich hinter Habeck gestellt hatte, für die Liberalen nicht mehr zählt, spricht das Bände: Olaf Scholz kann die Koalition kaum mehr disziplinieren. Auch seine Autorität leidet unter der Grünen-Krise.

Dass offenbleibt, wie es nun mit dem Gesetzentwurf weitergeht, ist schlecht für den schnellen Klimaschutz. Habeck wird sich kaum bewegen lassen, den Entwurf komplett zu überarbeiten. Er sollte aber baldmöglichst die 101 offenen Fragen der FDP beantworten. Eine Verzögerungstaktik, nur um eigene, parteipolitische Vorteile zu erzielen, wäre wiederum der Sache und der FDP unwürdig. Auch sie muss mehr schnellen Klimaschutz im Gebäudesektor wollen. Sie sollte ihre Blockade rasch auflösen.

Insgesamt gilt: Es hat wenig Sinn, ein großes und kompliziertes Gesetz, das nahezu die gesamte Bevölkerung betrifft, in wenigen Wochen durch den Bundestag zu peitschen. Der Gesetzgeber kann und muss sich mehr Zeit für die Beratungen nehmen und darf sie auch erst nach der Sommerpause beenden. Der Zwang zum Einbau neuer klimafreundlicher Heizungen muss für

Bürger und Unternehmen umsetzbar und finanzierbar sein. Deshalb braucht es eine umfassende, kluge und einfache Förderung, die jetzt sehr rasch konzipiert werden muss. Wenn der Heizungstausch nicht bereits zum 1. Januar 2024 vorgeschrieben wird, sondern ein halbes oder ein Jahr später, so ist das kein Beinbruch.



BIRGIT MARSCHALL  
KORRESPONDENTIN  
IN BERLIN  
politikredaktion@lkz.de

ZUR GEWALT GEGEN KINDER

# Noch mehr tun

Von Claus Schöner

Es sind herzerreißende Schicksale, mit denen die Jugendämter, Polizeibeamte oder die Kinder- und Jugendhilfe immer wieder konfrontiert werden. Und Taten, die wütend und sprachlos machen. All die Anstrengungen der vergangenen Jahre ändern nichts daran: Die Zahl der Kinder, die Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch werden, ist weiter unerträglich hoch. Die Zahlen, die gestern vorgestellt wurden, sind bedrückend und zeigen, dass noch mehr getan werden muss, um Kinder besser zu schützen und es den Ermittlungsbehörden zu erleichtern, Täter zu finden und zu überführen, etwa indem die Vorratsdatenspeicherung in dem vom Europäischen Gerichtshof vorgegebenen Rahmen ermöglicht wird.

Zugleich gilt es, die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren. Eine besondere Rolle spielen dabei die Schulen. Denn sie sind ein Ort, an dem Missbrauch entdeckt werden kann. Und an dem er mitunter geschieht. Doch viele Schulen stoßen schon jetzt mit ihren regulären Aufgaben an ihre Grenzen. Im Internet lauern neue Bedrohungen und Fallen. Die Eltern unterschätzen die Gefahren mitunter. Auch sie brauchen Hilfe und Beratung, damit sie ihre Kinder auf die Risiken aufmerksam machen können und wissen, auf welche Alarmzeichen sie achten müssen. Bei der geplanten Reform des Gesetzes zu Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern indes gilt es, mit größter Sorgfalt vorzugehen.

Der Druck auf Täter muss aufrechterhalten werden. Doch Jugendliche, die teilweise die Bedeutung von Missbrauchsdarstellungen nicht ermesen können, sie aber etwa in Chats verbreiten, müssen ebenso vor Strafe geschützt werden wie Personen, die entsprechendes Material entdecken und weiterleiten, weil sie darauf aufmerksam machen wollen.



CLAUS SCHÖNER  
politikredaktion@lkz.de

ZU GUTER LETZT

Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi (86) will trotz Krankheit und seines hohen Alters die konservative Regierungspartei Forza Italia weiter führen. Während seines 45-tägigen Krankenhausaufenthaltes habe die Führungsriege der Partei zwar angemessen agiert. „Aber sie sind nicht allein und werden es auch nicht sein, denn ich werde natürlich weiterhin meine Verantwortung als Gründer und Vorsitzender von Forza Italia in vollem Umfang wahrnehmen, so wie ich es immer getan habe“, sagte er dem *Corriere della Sera*. (dpa)

KOALITIONSTREIT

# Jeder ist auf jeden sauer

Die umstrittenen Heizungspläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verzögern sich. Weil es keine Verständigung mit der FDP gab, befasst sich der Bundestag in dieser Sitzungswoche nicht mit dem Entwurf. Die Stimmung ist gereizt. Warum jeder auf jeden sauer ist.

VON BIRGIT MARSCHALL, HAGEN STRAUß  
UND KERSTIN MÜNSTERMANN

BERLIN. Manchmal läuft in der Politik alles auf einen bestimmten Zeitpunkt zu. Einen Kulminationspunkt sozusagen. Gestern war es dann so weit: Im koalitionsinternen Streit zwischen SPD, FDP und Grünen über das Heizungsgesetz eskalierte die Lage. Zumindest ein wenig.

SPD und Grüne wollten den umstrittenen Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes aus Habecks Ministerium in dieser Woche in erster Lesung in den Bundestag einbringen, um eine Verabschiedung noch vor der Sommerpause zu ermöglichen. Die FDP meldete jedoch Klärungsbedarf an und lehnte es ab, mit dem parlamentarischen Verfahren zu beginnen. Der Ton verschärfte sich im Regierungsbündnis dann deutlich.

Habeck warf der FDP daraufhin eine Aufkündigung von Vereinbarungen vor. Es handle sich aus seiner Sicht um einen Wortbruch gegenüber der Abmachung, die Vertreter der drei Regierungspartner Ende März im Koalitionsausschuss getroffen hätten, sagte der Grünen-Politiker in Berlin. „Da steht klar drin: Wir wollen diesen Prozess vor der parlamentarischen Sommerpause abgeschlossen haben. Das wird jetzt mit der Verschiebung nicht mehr möglich sein“, so Habeck. „Und ich nehme zur Kenntnis, dass die FDP sich nicht an das gegebene Wort hält an dieser Stelle.“

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai wies den Vorwurf umgehend zurück. „Was heißt hier Wortbruch? Es geht darum, dass schlechte Gesetze nicht gemacht werden sollten“, sagte er und ergänzte: „Da geht es um die Glaubwürdigkeit auch einer Bundesregierung.“ Es sei jetzt „absolut notwendig, sachlich und nüchtern, über die Defizite dieses Gesetzes zu sprechen“, erklärte Djir-Sarai. Auch Habeck müsse sich nun Gedanken machen, „ob das, was jetzt vorliegt, der richtige Weg ist. Ich bin davon nicht überzeugt“, so der Generalsekretär. FDP-Parteivize Wolfgang Kubicki er-



Schöne neue Heizungswelt? Bedienelement einer Luftwärmepumpe.

Foto: Silas Stein/dpa

gänzte: „Es gab keinen Blankoscheck für irgendeinen Gesetzentwurf aus dem Hause Habeck.“ Er könne dem Minister nur raten, in den Koalitionsvertrag zu schauen. „Dass das Murks ist, was vorgelegt worden ist, ist mittlerweile völlig unbestritten.“ Hinsichtlich Habecks Vorwurf, die FDP begehe Wortbruch, sagte Kubicki: „Ich bin für die Wahl von Robert Habeck nicht verantwortlich.“ Aber man werde aus dem Gesetz jetzt ein gutes Gesetz machen. „Es dauert nur ein bisschen“, so Kubicki.

Die SPD versuchte zu beruhigen. Anders als Habeck zeigte sich SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich zuversichtlich, dass der Zeitplan doch noch eingehalten werden kann. Wenn der Entwurf in der nächsten

Sitzungswoche in erster Lesung behandelt werde, könne er bis zur Sommerpause beschlossen werden. Der Bundestag könnte dann im September darüber beraten.

Oppositionsführer Friedrich Merz forderte ein Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dem er Führungsschwäche vorwarf: „Das Beste wäre, der Bundes-

kanzler würde von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und dieses Gesetz zurückziehen.“ CSU-Landes-

gruppenchef Alexander Dobrindt rief den Koalitionsparteien gar, die Koalition als Ganzes auf den Prüfstand zu stellen. „Vielleicht wäre es klüger, die richtigen Schlüsse zu ziehen und diese vermeintliche Zusammenarbeit zu beenden.“

## Opposition ruft nach Machtwort des Kanzlers

## ► Bilger: Bürger sind besorgt

Der Ludwigsburger CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger fordert die Bundesregierung in einer Pressemitteilung zum Stopp ihrer Heizungspläne auf. Diese sorgten „seit Wochen für Verunsicherung und Verzögerung bei Betroffenen“.

Fast täglich erreichten ihn Nachrichten von besorgten Bürgern

aus dem Wahlkreis, „die sich durch die geplanten Vorgaben überfordert fühlen oder die die Sinnhaftigkeit der Regelung infrage stellen“, schreibt Bilger. „Das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung ist nicht sozial ausgewogen, nicht technologieoffen und erweist dem Klimaschutz einen Bärendienst. Wie genau eine Förderung des Hei-

zungsumbaus ausgestaltet sein soll, ist völlig offen. Leidtragende sind die Bürger.“

Einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, führe in die energiepolitische Sackgasse, heißt es weiter. Und: „Wir brauchen neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen.“ (red)

# Noch viel Luft nach oben beim Windkraftausbau

Deutschland kommt beim Ausbau der Windräder an Land voran, aber es braucht noch viel mehr Tempo, um Atom- und Kohlestrom zu ersetzen. Energieminister Robert Habeck (Grüne) soll den Genehmigungsbehörden in den Ländern einen klaren Leitfaden an die Hand geben, so das Ergebnis des zweiten Windgipfels.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN. Robert Habeck sieht gute Fortschritte beim Ausbau der Windenergie an Land, allerdings brauche es noch deutlich mehr Tempo. „Wir sehen erste Erfolge“, sagte der Grünen-Politiker gestern nach Beratungen mit Ländern und Branchenvertretern. „Wir halten es für möglich, dieses Jahr den Zubau zu verdoppeln auf vier Gigawatt.“ Damit würde der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Allerdings müsse der Ausbau noch mehr beschleunigt werden, wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen will. Dafür seien jedes Jahr zehn Gigawatt neuer Windstrom nötig, sagte Habeck.

Auf dem zweiten Windgipfel berieten Branchen- und Ländervertreter mit Habeck über die Beseitigung von Engpässen bei der Umsetzung. Die neuen Bundesgesetze zum beschleunigten Ausbau seien in vielen Ländern noch nicht richtig angekommen und würden noch nicht überall umgesetzt, beklagte der Bundesverband Windenergie (BWE). So werde der schnellere Zubau bisher nur von einigen wenigen Bundesländern getragen.

BWE-Vizepräsidentin Bärbel Heidebroek hob hier lobend Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hervor – sowohl beim Bau als auch beim Volumen der Genehmigungen. Vier Gigawatt stehen in etwa für die Kapazität von vier großen Atomkraftwerken. Habeck sagte, mit Wind an Land sei in den ersten vier Monaten 2023 bereits knapp ein Gigawatt neu hinzugekommen. Laut Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bran-

chenverbandes BDEW, werden derzeit zehn Windanlagen pro Woche gebaut. Es müssten aber 30 Windräder pro Woche werden. Immerhin: Die Akzeptanz in der Bevölkerung

nehme allmählich zu. 2020 sei noch gegen 24 Prozent aller Projekte geklagt worden, 2021 seien es noch 17 Prozent gewesen.

Ein großer Engpass sei der Personalmangel in den Genehmigungsbehörden der Länder, beklagten die Branchenvertreter. Da der Mangel nicht kurzfristig zu beheben ist, forderten sie Habeck auf, einen bundeseinheitlichen und gut umsetzbaren administrativen Leitfaden für die Genehmigung neuer Windräder zu erstellen. Es sei nicht leicht, aus dem Gesetz herauszulesen, wann Arten- und Naturschutz einem neuen Projekt entgegenstehen und wann nicht mehr, hieß es. Die Bundesregierung hatte die Artenschutzregeln gelockert, um den Zubau zu erleichtern.



„Entscheidend ist auch, dass die Kommunen schnell mehr Handlungsspielräume bei der Ausweisung von Flächen erhalten.“

Kerstin Andreae  
Branchenverband BDEW

Marcel Fratzscher, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW, warnte die Koalition vor negativen Folgen. „Das Vor und Zurück beim Heizungsgesetz gefährdet nicht nur den Erfolg des Gesetzesvorhabens, sondern auch die Unterstützung der Bürger für dringend notwendige Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt“, sagte er. „Damit entsteht Deutschland ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden, durch den ultimativ viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.“

Die Bundesregierung mache keine schlechte Politik, „sondern ihr Problem ist ihre interne Zerstrittenheit und der fehlende Wille der Koalitionspartner, gegebene Versprechen zu erfüllen“. Die interne Zerstrittenheit lähme die Handlungsfähigkeit der Ampel „und schädigt das Vertrauen der Menschen in die Bundesregierung“, ergänzte der Wirtschaftsforscher.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßte dagegen die Verschiebung. „Bei einem so wichtigen Vorhaben, das alle Menschen in Deutschland gravierend betrifft, muss im Gesetzgebungsverfahren der Grundsatz gelten: Lieber etwas langsamer und richtig als schnell und falsch“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg.

„Der bisherige Entwurf ist in der Umsetzung fraglich, berücksichtigt die vorhandenen Ressourcen sowohl bei den Menschen als auch bei der Heizungsindustrie nicht ausreichend und ist noch nicht abgestimmt mit der kommunalen Wärmeplanung“, betonte Landsberg.

Die Vorschrift, dass jedes Bundesland zwei Prozent seiner Fläche für neue Windräder zur Verfügung stellen solle, sei zielführend, erklärte BDEW-Geschäftsführerin Andreae. „Zusätzlich wäre es allerdings dringend notwendig, das von der Bundesregierung festgelegte Ziel, zwei Prozent der Fläche der Bundesrepublik für Windenergieprojekte auszuweisen, bereits bis Ende 2025 planerisch umzusetzen. Die aktuelle Frist zur Realisierung bis zum Jahr 2032 greift viel zu spät. Entscheidend ist auch, dass die Kommunen schnell mehr Handlungsspielräume bei der Ausweisung von Flächen erhalten“, sagte sie. Auch sei der Netzausbau genauso wichtig wie der Zubau neuer Windkraftanlagen.

Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD) erklärte, Bürgerbeteiligungen zu Windrädern seien der Schlüssel für mehr Zustimmung in der Bevölkerung. Er forderte Habeck auf, die Bürgerbeteiligungen überall zur Pflicht zu machen, statt weiter auf freiwillige Lösungen der Länder zu setzen. Zudem führen Transportprobleme für die großen Windrotoren oft zu Engpässen beim Ausbau. Habeck will deshalb mehr Transporte per Schiff über die Flüsse und Kanäle organisieren.